



Stadt Kamen

Niederschrift

HFA

über die
5. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Dienstag, dem 07.11.2017
im Konferenzbereich der Kamener Stadthalle

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:35 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Joachim Eckardt
Frau Petra Hartig
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Christiane Klanke
Herr Martin Köhler
Herr Gökçen Kuru
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

FW/FDP

Frau Heike Schaumann

Verwaltung

Frau Elke Kappen
Herr Ralf Kosanetzki
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Sabrina Lohsträter
Frau Ingelore Peppmeier
Herr Ralf Tost

Personalrat

Herr Uwe Fleißig

Entschuldigt fehlten

Frau Renate Jung
Herr Friedhelm Lipinski

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Die Tagesordnungspunkte 3 bis 6 wurden einvernehmlich ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Kamen	077/2017
3	Dritte Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Kamen (Vergnügungssteuersatzung)	094/2017
4	Bebauungsplan Nr. 03 Ka-Me 2. Änderung "Uhlandstraße/Lindenallee" hier: Satzungsbeschluss	080/2017
5	Bebauungsplan Nr. 04.1 Ka „Gewerbegebiet Ost/Henry-Everling-Straße“ hier: Beschluss der Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperrensatzung vom 16.11.2015 zur Sicherung der Planung	081/2017
6	Integriertes Handlungskonzept Kamen-Heeren-Werve hier: Verfügungsfonds	082/2017
7	Finanzbericht	
8	Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW - Adressweitergabe an Bundeswehr, Widerspruch erleichtern	091/2017
9	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.
077/2017

Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Kamen

Für die SPD-Fraktion sprach sich Herr **Heidler** dafür aus, den Tagesordnungspunkt in die Dezembersitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und Rates zu vertagen. Zur Begründung führte er auf, dass der Beschluss zur Grundsteuer Teil der Haushaltsberatung sei. Sachlich stünde die Fraktion hinter dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, möchte aber dem noch bestehenden Beratungsbedarf nachkommen. In diesem Zusammenhang regte er den interfraktionellen Austausch an.

Frau **Schaumann** befürwortete eine Vertagung mit Blick auf die Zugehörigkeit zur Haushaltsberatung. In der Sache vertrete die FW/FDP-Fraktion eine andere Meinung. Bezogen auf eine frühere Aussage des Kämmers zu möglichen Mehreinnahmen an anderer Stelle des Haushaltes sei eine Aussetzung der Grundsteuererhöhung um ein Jahr zu prüfen.

Herr **Eisenhardt** führte aus, dass die CDU-Fraktion inhaltlich in dieser Angelegenheit bereits eine Grundrichtung beschlossen habe, den noch bestehenden Beratungsbedarf der anderen Fraktionen jedoch akzeptiere und einer Vertagung des Tagesordnungspunktes zustimme.

Aufgrund der zu kurzen Beratungszeit stimmte Frau **Dörlemann** für ihre Fraktion einer Vertagung der Beschlussvorlage in die Dezembersitzung zu. Grundsätzlich befürwortete sie häufigere interfraktionelle Beratungen für einen breiten Konsens. Sie unterstützte den inhaltlichen Vorschlag von Frau Schaumann zur Aussetzung der Grundsteuererhöhung.

Herr **Hupe** gab zu Bedenken, dass die 2. Stufe der Grundsteuererhöhung nicht überraschend komme, sondern bereits mit dem Haushaltssicherungskonzept beschlossen worden sei. Zudem sei der Haushalt sehr sorgfältig gerechnet, so dass mit Blick auf das Ziel des Haushaltsausgleiches ein Verzicht auf die Grundsteuererhöhung nicht durchführbar sei.

Der Vertagung des Tagesordnungspunktes in die nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und Rates wurde einvernehmlich zugestimmt.

Zu TOP 3.
094/2017

Dritte Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Kamen (Vergnügungssteuersatzung)

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 4.
080/2017

Bebauungsplan Nr. 03 Ka-Me 2. Änderung "Uhlandstraße/Lindenallee"
hier: Satzungsbeschluss

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 5.
081/2017

Bebauungsplan Nr. 04.1 Ka „Gewerbegebiet Ost/Henry-Everling-Straße“
hier: Beschluss der Verlängerung der Geltungsdauer der
Veränderungssperrensatzung vom 16.11.2015 zur Sicherung der Planung

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 6.
082/2017

Integriertes Handlungskonzept Kamen-Heeren-Werve
hier: Verfügungsfonds

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 7.

Finanzbericht

Der Kämmerer, Herr **Tost**, gab mit dem Finanzbericht (siehe Anlage) einen Überblick über die Entwicklung der städtischen Finanzen im laufenden Jahr zum Stichtag 31.10.2017.

Zunächst berichtete er zu den geplanten und bisher tatsächlich geflossenen Steuereinnahmen. Auf Nachfrage von Herrn **Eisenhardt** erläuterte er den Ursprung sowie die Berechnung der Kompensationszahlungen. Zur Nachfrage von Herrn **Grosch** erklärte Herr **Tost**, dass die Gewerbesteuer eine unsichere Ertragsart sei, die Verwaltung aber von der Erfüllung der Planzahlen ausgehe.

Bei der Darstellung der Zuweisungen erläuterte er insbesondere die Abweichungen von Plan und Ist bei den Landeszuweisungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Im Weiteren stellte er neben der Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen die Transferaufwendungen dar.

Abschließend erläuterte er die Entwicklung der Kassenkredite sowie der Investitionskredite seit 2010 und beendete seinen Vortrag mit einem Überblick zur Entwicklung der Zinsbelastungen im Zeitraum 2014 bis 2016. Insgesamt gehe die Verwaltung davon aus, dass das im Haushaltsplan 2017 prognostizierte Ergebnis erreicht werden könne.

Zu TOP 8.
091/2017

Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW - Adressweitergabe an Bundeswehr, Widerspruch erleichtern

Herr **Grosch** führte aus, dass er der Bürgeranregung unabhängig vom formellen Verfahren inhaltlich etwas abgewinnen könne. Er fragte, wie die Stadt Kamen ihrer Informationspflicht nachkomme. Er kündigte einen entsprechenden Antrag seiner Fraktion an, sollte die Bürgeranregung abgelehnt werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW - Adressweitergabe an Bundeswehr, Widerspruch erleichtern - als unzulässig zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis: bei einer Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 9.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen lagen nicht vor.

Anfragen

Herr **Grosch** bezog sich erneut auf den Inhalt der Bürgeranregung und erkundigte sich, wie die Verwaltung der Informationspflicht aus § 36 Bundesmeldegesetz nachkomme.

Die Beantwortung wurde mit der Niederschrift zugesagt.

Antwort der Verwaltung:

Die Information zum Widerspruchsrecht erfolgt nach den gesetzlichen Vorgaben aus § 36 Abs. 2 Satz 2 des Bundesmeldegesetzes zum einen bei der Anmeldung eines Wohnsitzes in Kamen im Rahmen eines Informationsblattes. Zum anderen wird in einer jährlichen ortsüblichen Bekanntmachung auf das Widerspruchsrecht hingewiesen. Zusätzlich können die Widerspruchsrechte auch auf der Homepage der Stadt Kamen eingesehen werden

<http://www.stadt-kamen.de/stadtverwaltung/dienstleistungen/45-dienstleistungen-m/478-melderegisterauskunft>

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Kosanetzki
Schriftführer